

## AMENDMENT FORM

Suggestion for amendment of Article : 24

~~Suggestion for protocol :~~

By Ms / ~~Mr~~ : Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Status :    - Member            ~~Alternate~~

---

~~Artikel 24: Die Rechtsakte der Union~~

*Artikel 24: Die Rechtsinstrumente der Union*

(1) Die Union übt die *ihre* Zuständigkeiten, ~~die ihr in der Verfassung übertragen werden~~, gemäß den Bestimmungen des Teils II im Wege der folgenden ~~Rechtsakte~~ **Rechtsinstrumente** aus: *europäische Organakte*, europäisches Gesetz, europäisches Rahmengesetz, europäische Verordnungen, europäische Entscheidungen, Empfehlungen und Stellungnahmen.

*Der europäische Organakt ist ein Gesetzgebungsakt, der in allen seinen Teilen für die Organe der Union verbindlich ist.*

Das europäische Gesetz ist ein allgemein gültiger Gesetzgebungsakt. Es ist in allen seinen Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Das europäische Rahmengesetz ist ein **allgemein gültiger** Gesetzgebungsakt, der für jeden Mitgliedstaat, an den es *er* gerichtet wird, hinsichtlich des zu erreichenden Ziels verbindlich ist, jedoch den innerstaatlichen Stellen die Wahl der Form und der Mittel überlässt.

Die europäische Verordnung ist ein allgemein gültiger Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter; ~~sie dient der Durchführung der Gesetzgebungsakte und bestimmter Einzelvorschriften der Verfassung.~~ Sie ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Die europäische Entscheidung ist ein Rechtsakt ohne Gesetzgebungscharakter, der in allen seinen Teilen verbindlich ist. Ist sie an bestimmte Adressaten gerichtet, so ist sie nur für diese verbindlich.

Die Empfehlungen und die Stellungnahmen, ~~die von den Organen angenommen werden,~~ sind rechtlich nicht ~~bindend~~ **verbindlich**.

~~(2) Werden das Europäische Parlament und der Rat mit einem Vorschlag für einen Gesetzgebungsakt befasst, so nehmen sie davon Abstand, Rechtsakte anzunehmen, die in der Verfassung nicht vorgesehen sind.~~

***(2) Die Organakte müssen mit dieser Verfassung vereinbar sein. Die Gesetze und Rahmengesetze müssen mit dieser Verfassung und den Organakten vereinbar sein. Die Verordnungen und Entscheidungen müssen mit dieser Verfassung und den Gesetzgebungsakten vereinbar sein.***

---

**Explanation (if any) :**

***Titel:***

Der Titel ("legal acts" bzw. "actes juridiques") steht im Widerspruch zum Wortlaut des Absatz 1 Unterabsatz 1, wo von "legal instruments" bzw. "instruments juridiques" gesprochen wird. Art. 24 definiert alle Rechtsinstrumente ("legal instruments") und gerade nicht nur die Rechtsakte ("acts").

***Absatz 1 Unterabsatz 1:***

Dass die Union nur solche Zuständigkeiten besitzt, die ihr durch die Verfassung übertragen worden sind, ist in Art. 8 Abs. 1 ausdrücklich klargestellt und muss nicht ständig wiederholt werden.

Die Ersetzung des Wortes "Rechtsakte" durch "Rechtsinstrumente" betrifft die deutsche Übersetzung. "Legal instruments" kann nicht mit "Rechtsakte" übersetzt werden, da dieser Begriff verfassungsrechtlich durch "acts" besetzt ist. "Legal instruments" und "acts" sind aber nicht identisch; letztere umfassen definitionsgemäß nur Gesetze, Rahmengesetze, Verordnungen und Entscheidungen.

***Absatz 1 Unterabsatz 2:***

Als neue Kategorie von Rechtsinstrumenten sollte der "Organakt" eingeführt werden. Viele institutionelle Regelungen sind zu detailliert, als dass sie in die Verfassung gehörten. Dennoch sollten sie beim Erlass von Gesetzen, Rahmengesetzen, Verordnungen und Entscheidungen zu beachten sein. Zudem müssen auch diese Regelungen in einem transparenten Verfahren erlassen werden.

Es handelt sich hierbei zum Beispiel um die in Art. 28 vorgesehenen Grundsätze und Regeln der Übertragung von Durchführungsbefugnissen, um Organisationsakte zur Schaffung von Einrichtungen und um Angelegenheiten, die derzeit in einer Vielzahl von interinstitutionellen Vereinbarungen "versteckt" sind.

Ein Organakt ist in der Regel allgemeiner Natur, kann aber auch konkreter oder individueller Natur sein.

***Absatz 1 Unterabsatz 4:***

Der Änderungsvorschlag greift die Rechtsprechung des Gerichtshofs zur Abgrenzung zwischen Richtlinien und Entscheidungen, die an Mitgliedstaaten gerichtet sind, auf [vgl. *EuGH*, Rs. C-298/89, Slg. 1993, I-3605, Rn. 15 ff.]. Diese Abgrenzung wurde aus dem bisherigen Wortlaut des

Art. 249 Abs. 3 EGV nicht deutlich, kann aber gerade im Hinblick auf Art. 230 Abs. 4 EGV entscheidend für den zu wählenden Rechtsweg sein.

***Absatz 1 Unterabsatz 5:***

Die Aussage zur Durchführungsfunktion von Verordnungen ist bereits in Art. 28 Abs. 2 bis 4 enthalten.

***Absatz 1 Unterabsatz 6:***

Der Änderungsvorschlag greift die Formulierung aus Art. 249 Abs. 5 EGV auf. Der Präsidiumsvorschlag stellt demgegenüber keine Verbesserung dar. Auch Empfehlungen und Stellungnahmen, die nicht von den Organen angenommen worden sind, sind rechtlich nicht verbindlich. Umgekehrt sind auch Gesetze, Rahmengesetze und Verordnungen nur dann verbindlich, wenn sie von den Organen angenommen werden.

***Absatz 2 (alt):***

Diese Bestimmung ist Ausdruck eines allgemeinen Grundsatzes, der für alle Rechtsakte der Union und alle Organe gilt, und gehört dementsprechend in Art. 32 "Gemeinsame Grundsätze für die Rechtsakte der Union".

***Absatz 2 (neu):***

Eine der Zielstellungen des Konvents ist es, in die Rechtsordnung der Union eine klare Hierarchie der Rechtsnormen einzuführen.